

SOLIDARITÄT

Die **OGB**-Zeitschrift für die Arbeitswelt



Stark, stärker, Kollektivvertrag!

98 Prozent haben
einen KV. Warum
das so ist und was
Sie davon haben

IN DIESEM HEFT:

→ Weltweit erster KV für FahrradbotInnen

→ Beruf(ung): KV-Verhandler

→ Neuer Ratgeber für werdende Eltern

KOLLEKTIVVERTRAG VS. GESETZ

Wieso regelt man Mindestlohn & Co.
nicht einfach im Gesetz?

Seite 10

EQUAL PAY DAY

Ab dem 21. Oktober arbeiten Frauen
in Österreich gratis.

Seite 12

ÖSTERREICH IST WELTMEISTER

Nirgends haben so viele Menschen
einen KV wie bei uns.

Seite 14

VOR 5 JAHREN IN DER SOLI



Im Jahr 2014 startete der ÖGB die Kampagne „Lohnsteuer runter!“, damit den Menschen wieder mehr Geld zum Leben bleibt und die gut verhandelten Lohn- und Gehaltserhöhungen auch netto ankommen. Die Kampagne war erfolgreich und die im Frühjahr 2015 beschlossene Steuerreform brachte für die ArbeitnehmerInnen spürbare Entlastungen.

Impressum

Herausgeber: Österreichischer Gewerkschaftsbund, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1. **Medieninhaber:** Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel.: 01/662 32 96-0, Fax: 01/662 32 96-39813, E-Mail: zeitschriften@oegbverlag.at, www.oegbverlag.at. **Herstellerin:** Leykam Druck GmbH & Co KG, 7201 Neudörfel, Bickfordstr. 21. **Verlagsort:** Wien. **Herstellungsort:** Neudörfel. **Kaufmännische Leitung:** Christoph Höllriegl. **Chefredaktion:** Andreas Berger. **Chefin vom Dienst:** Amela Muratovic. **AutorInnen:** Corinna Bürgmann, Florian Kräftner, Franz Fischill, Litsa Kalaitzis, Dietmar Meister, Friederike Scherr, Marliese Mendel, Stefan Fröhlich (OÖ), Jutta Moser-Daringer, Ursula Schupfer (Salzburg), Helena Sachers (Tirol), Beate Horvath (Burgenland), Sabine Rudigier, Philip Vondrak (Vorarlberg), Marcus Arige (NÖ), Martin Fill (Steiermark), Birgit Hartmann (Kärnten). **Artredaktion:** Reinhard Schön. **Grafik:** Nicola Skalé. **Illustrationen:** Isabelle Carhoun. **Titelbild:** Adobe Stock / Photobank. **Anzeigen:** Thomas Aichelburg-Rumerskirch, www.brandcom.at, soli@brandcom.at. **Sekretariat:** Sonja Adler. **Lektorat:** Karin Flunger. **Redaktionsadresse:** 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel.: 01/534 44-39263, Fax: 01/534 44-39916, E-Mail: soli@oegb.at, www.oegb.at/soli. **Offenlegung gemäß Mediengesetz, § 25:** www.soli.at/offenlegung. Für unverlangt eingesendete Manuskripte und Fotos keine Gewähr. Nachdrucke, auch auszugsweise, nur mit Zustimmung der Redaktion und mit Quellenangabe. Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen nicht der Meinung der Redaktion entsprechen. ZVR-Nr.: 576439352 DVR-Nr.: 0046655

Adressänderung für Mitglieder

Tel.: 01/534 44-39100
oder unter service@oegb.at

i-move.at

Chance für Langzeitarbeitslose



DIE AKTION 20.000 wurde in einer Marathon-Sitzung des Parlaments am 19. September zu neuem Leben erweckt. Für langzeitarbeitslose Menschen über 50 werden 2019 und 2020 zusätzliche Mittel in der Höhe von 50 Millionen Euro bereitgestellt. Die Aktion 20.000 war von der schwarz-blauen Regierung eingestellt worden. Völlig unverständlich, denn viele Menschen haben durch die Aktion 20.000 nicht „nur“ einen Job bekommen, sondern eine Aufgabe, Würde und Selbstwertgefühl wiedergewonnen. Der Erfolg in Zahlen: Etwa ein Drittel der 3.800 Menschen, die am Pilotprojekt teilgenommen haben, wird weiterbeschäftigt – hat also einen langfristigen Arbeitsplatz gefunden.

Betriebsrat verhindert



DOUGLAS, die Parfümeriekette, hat Ende August vier MitarbeiterInnen gekündigt. Der Grund: Sie wollten einen Betriebsrat gründen. Die Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck, Journalismus, Papier (GPA-djp) hat die Rechtsvertretung der betroffenen ArbeitnehmerInnen übernommen und am Amtsgericht eine Klage gegen die Kündigung wegen „verpönten Motivs“ eingbracht. Beschäftigte berichteten von bedenklichen Zuständen wie spontanen Taschenkontrollen, Spindkontrollen in Abwesenheit der MitarbeiterInnen (mit Zentralschlüssel), einer hohen Anzahl von Kündigungen und einer allgemein von Angst geprägten Stimmung im Unternehmen.

GUT GEBRÜLLT /// UNS ZUGEMÜLLT

»ArbeiterInnenbewegung und Klimabewegung haben gemeinsame Interessen: ökologische Nachhaltigkeit und ein gutes Leben für alle.«

Philipp Chmel, Workers for Future



Der letzte Sommer hat wieder gezeigt: Die heißen Temperaturen treffen arbeitende Menschen ganz besonders — bei Arbeiten im Freien und in Innenräumen. Die Klimakrise verändert unsere Arbeitswelt und wir müssen rechtzeitig darauf reagieren. Der ÖGB hat sich daher im Rahmen der ÖGB-Sommerdialoge mit GewerkschafterInnen, KlimaaktivistInnen von Fridays for Future und Workers for Future und anderen NGOs zum gemeinsamen Austausch zum Thema „Klima und Hitze“ getroffen. Fazit: Die Klimafrage muss vor allem auch als soziale Frage diskutiert werden. Wir brauchen Rahmenbedingungen und Übergänge, damit alle Menschen sich ein klimabewusstes Leben leisten können. Es braucht also eine soziale und ökologische Klimapolitik — denn den Klimawandel zu bekämpfen heißt auch, die Gesundheit der Menschen zu schützen und Armutgefährdung zu verhindern.

© photocase/bastografie

EIN FÜNFTTEL WILL DEN JOB WECHSELN



Etwa 20 Prozent aller ArbeitnehmerInnen bzw. 700.000 Beschäftigte ziehen aktuell in Erwägung, ihre Beschäftigung oder sogar ihren Beruf zu wechseln. Den stärksten Drang zur beruflichen Veränderung haben Beschäftigte

in der Gastronomie, im Tourismus und im Handel. Das brachte vor Kurzem der Arbeitsklima Index der AK Oberösterreich zutage. Aber auch sonst herrscht hohe Dynamik am Arbeitsmarkt. Laut Arbeitmarktservice wurden im vergangenen Jahr rund 46 Prozent aller Beschäftigungsverhältnisse beendet und neu begonnen. Etwa 650.000 Personen nahmen aus der Arbeitslosigkeit heraus einen neuen Job an, 300.000 Menschen wechselten direkt aus ihrem alten in einen neuen Job. Detailliertere Informationen zum Arbeitsklima Index gibt es unter: ooe.arbeiterkammer.at

KASSENFUSION: STUDIE VOLLER FEHLER

Die damalige ÖVP-FPÖ-Regierung hat die Zusammenlegung der neun Gebietskrankenkassen auf den Weg gebracht und diese mit einem Einsparungspotenzial in der Höhe von 300 Millionen Euro pro Jahr argumentiert. Zu diesem Ergebnis kam eine Studie der Uni Wien im Auftrag der früheren Sozialministerin Hartinger-Klein (FPÖ). Ein von der AK Wien in Auftrag gegebenes Gutachten der Uni Graz zeigt nun, dass fast alle angegebenen Zahlen falsch sind:



Die Einsparungskosten wurden zu hoch eingeschätzt und die Ausgaben zu niedrig. So wurden etwa die Verwaltungskosten falsch berechnet. Statt nur die Verwaltungskosten der Krankenversicherungen heranzuziehen, wurden jene der gesamten Sozialversicherung verwendet. Die Einsparungen liegen somit nur bei 30 Millionen jährlich. Außerdem sei das Einsparungspotenzial bei den Beschäftigungskosten zweimal in die Berechnung miteingeflossen.

WOLFGANG KATZIAN,
ÖGB-Präsident,
über KV-Verhandlungen

ES GEHT NICHT NUR UM GELD!



Die Vorboten der Kollektivvertragsverhandlungen kommen meistens schon im Sommer. Plötzlich trübt sich angeblich die Wirtschaft, schlechte Aussichten werden beklagt und damit ist klar, dass „heuer nicht viel geht“.

Basis für die Kollektivverträge ist immer der zurückliegende Zeitraum. Dafür gibt es Daten, sowohl was die Inflation als auch was das Wirtschaftswachstum betrifft. Natürlich schauen wir auch auf die aktuelle Entwicklung und auf die Zukunft. Aber es kann ja wohl nicht sein, dass jene, die erfolgreiche Geschäftsjahre hinter sich haben, jetzt sagen: „Die Party ist vorbei.“

**»Gerechte Einkommen
und faire Arbeits-
bedingungen – dafür
kämpfen die
Gewerkschaften.«**

Wolfgang Katzian

Gute Lohn- und Gehaltsabschlüsse stärken die Kaufkraft, die Inlandsnachfrage stabilisiert die Konjunktur. Niedrige Abschlüsse wären daher im Hinblick auf veränderte wirtschaftliche Rahmenbedingungen geradezu kontraproduktiv. Und es geht natürlich nicht nur um Geld. Bei den Rahmenbedingungen für die Arbeit bleibt die Arbeitszeit im Fokus – 4-Tage-Woche und 6. Urlaubswoche werden in vielen Verhandlungsrunden wieder Thema sein.

Die Gewerkschaften gehen mit viel Selbstbewusstsein und großer Entschlossenheit in die Verhandlungen. Sie werden sich gemeinsam mit BetriebsrätInnen und Beschäftigten in allen Branchen starkmachen für gerechte Einkommen und faire Arbeitsbedingungen. Also für ein gutes Leben für alle.

**JETZT ABONNIEREN:
ÖGB-NEWSLETTER**

Jede Woche die wichtigsten Infos direkt in Ihrem Mail-Postfach. Gratis, kompakt und jederzeit kündbar.

**ÖGB-NEWSLETTER
JETZT ABONNIEREN:
www.oegb.at/newsletter**



Stark, stärker, Kollektivvertrag!

Jeden Herbst dominieren sie die Medienberichterstattung:
die Kollektivvertragsverhandlungen. Wie viel Arbeit dahintersteckt
und wie sie ablaufen, wissen aber die wenigsten

Autorin: Amela Muratovic



© Adobe Stock / Photobank



© Thomas Lehmann

Letzte Besprechung und Abstimmung vor der Forderungsübergabe: Rainer Wimmer und Karl Dürtscher, Chefverhandler der Gewerkschaften PRO-GE und GPA-djp

Jedes Jahr im September starten die Metaller ihre Kollektivvertragsverhandlungen und läuten damit die Herbstlohnrunde ein. So auch dieses Jahr: Am 23. September wurden die gewerkschaftlichen Forderungen in der Wirtschaftskammer, wo viele der Verhandlungen stattfinden, an die Arbeitgeber übergeben. Neben ordentlichen Löhnen und Gehältern fordern die Produktionsgewerkschaft (PRO-GE) und die Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck, Journalismus, Papier (GPA-djp) unter anderem auch das Recht auf die 4-Tage-Woche. „Alle Umfragen zeigen, dass sich die Menschen eine Arbeitszeitverkürzung wünschen. Die 4-Tage-Woche und die leichtere Erreichbarkeit der 6. Urlaubswoche sind dazu geeignet, in einer sich immer mehr verdichtenden

Arbeitswelt ausgleichend zu wirken“, betont Karl Dürtscher, Chefverhandler der GPA-djp.

Jedes Jahr von Neuem

Genauso wie es zur Tradition gehört, dass die Metaller im Herbst mit den Lohnrunden starten, malen die ArbeitgebervertreterInnen traditionell im Vorfeld oft alles schwarz. Heuer ist es nicht anders: Die wirtschaftliche Lage sei schlecht, zahlreiche Konjunkturdaten, Produktionszahlen und Firmen-Stimmungsbarometer zeigten nach unten, sagen die Arbeitgeber und erklären „die Party für beendet“. Weil die ArbeitnehmerInnenseite diesem Bild ein positives – aber realistisches – entgegengesetzt, kann es leicht passieren, dass sich die Verhandlungen in die Länge ziehen.

„Österreichs Metallindustrie war in den vergangenen Jahren äußerst erfolgreich. 2018 war sowieso ein Rekordjahr, auch im ersten Halbjahr 2019 gibt es einen klaren Aufwärtstrend. Jetzt müssen die ArbeitnehmerInnen mit kräftigen Lohn erhöhungen davon profitieren“, fordert Rainer Wimmer, Vorsitzender der Produktionsgewerkschaft (PRO-GE).

64 Stunden und sieben Verhandlungsrunden haben die Metaller letztes Jahr gebraucht, um ein sattes Lohnplus zu erkämpfen. Wie lange die KV-Verhandlungen allgemein dauern, ist schwer abzuschätzen. Das hängt von der Tradition und der Zahl der Gewerkschaftsmitglieder ab und ist von Branche zu Branche unterschiedlich. So kommt es vor, dass in einer Branche ein akzeptables Ergebnis innerhalb von nur wenigen Stunden

HAPPY BIRTHDAY, KOLLEKTIVVERTRAGSGESETZ!



Das Kollektivvertragsgesetz wird 100 Jahre alt! Am 18. Dezember 1919 wurde es im Parlament beschlossen. Der Kampf darum hatte aber schon Mitte des 19. Jahrhunderts begonnen. Die Verhandlungen zum ersten, österreichweit geltenden kollektiven Arbeitsvertrag hatten drei Jahre gedauert, bis dieser im November 1895 von der Organisation der Buchdrucker und der Arbeitgebervertreter unterzeichnet werden konnte – weitere in anderen Branchen folgten.

Die Mitgliedszahlen in den Gewerkschaften stiegen und damit die Möglichkeit, Druck auf Arbeitgeber auszuüben. Im Jahr 1906 bestanden bereits 448 kollektive Arbeitsverträge. Davon waren 192 auf „friedlichem Weg“ abgeschlossen, die Restlichen erstreikt worden. Aber es fehlte noch die gesetzliche Grundlage und die Frage, wer bei Vertragsbruch zu Schadenersatz verpflichtet wäre. Mit der Verabschiedung des KV-Gesetzes erhielten Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände die Kollektivvertragsfähigkeit und es regelte u. a. Verfahren bei Nichteinhaltung der Verträge. Neue KVs wurden abgeschlossen, Inhalte verbessert und Löhne angehoben.

Mit dem Erstarken des Faschismus in Österreich, nach dem Verbot der freien Gewerkschaften im Februar 1934 und dem sogenannten „Anschluss“ im März 1938 endeten die Kollektivvertragsverhandlungen. Die Nationalsozialisten ersetzten das österreichische KV-Gesetz durch das deutsche Tarifvertragsrecht. Ein Reichstreuhänder legte diktatorisch die Löhne fest und seine Entscheidungen waren unanfechtbar. Nach Kriegsende im Jahr 1945 begannen auch die Verhandlungen zu einem neuen KV-Gesetz. Es folgten zwei Jahre „langwieriger Beratungen und mitunter auch hitziger Kämpfe zwischen den Interessengruppen“, bis am 26. Februar 1947 der Nationalrat das neue KV-Gesetz verabschieden konnte.

erzielt wird, während in einer anderen die Verhandlungen wochenlang dauern. Letzteres war in den vergangenen Jahren häufig bei den Metallern der Fall, immerhin geht es hier um fast 130.000 ArbeitnehmerInnen. Und dieser KV-Abschluss gilt als richtungsweisend für alle weiteren Kollektivvertragsverhandlungen.

Hinter den Kulissen

Das Kollektivvertragsgesetz in Österreich wurde vor fast genau 100 Jahren beschlossen. Heute gelten hierzu-lande 800 Kollektivverträge, jährlich werden über 450 verhandelt. Am Beispiel der Metalller zeigt sich, dass sich die Verhandlungsteams der ArbeitnehmerInnen und Arbeitgeber dabei nichts schenken: Auf einen Vorschlag folgt ein Gegenvorschlag – über diesen wird abgestimmt, dann weiterverhandelt oder die Verhandlungen werden unterbrochen.

Die Verhandlungsteams setzen sich aus einem Kernteam und einem erweiterten Team zusammen. Während das Kernteam die Verhandlung führt, hält sich das erweiterte Team im Hintergrund bereit – in örtlicher Nähe –, um die Vorschläge der Gegenseite zu prüfen. Auf ArbeitnehmerInnenseite besteht das erweiterte Team u. a. aus BetriebsrätInnen, JuristInnen sowie

Jugend- und FrauensekretärInnen, zur inhaltlichen Einschätzung bleibt ihnen meist nicht viel Zeit. Gibt es keine Einigung, kommt es zu weiteren Verhandlungen – in Härtefällen beschließen die Gewerkschaften auch Kampfmaßnahmen, die bis zum Streik reichen können (siehe Kasten).

Es geht um mehr als nur Einkommen

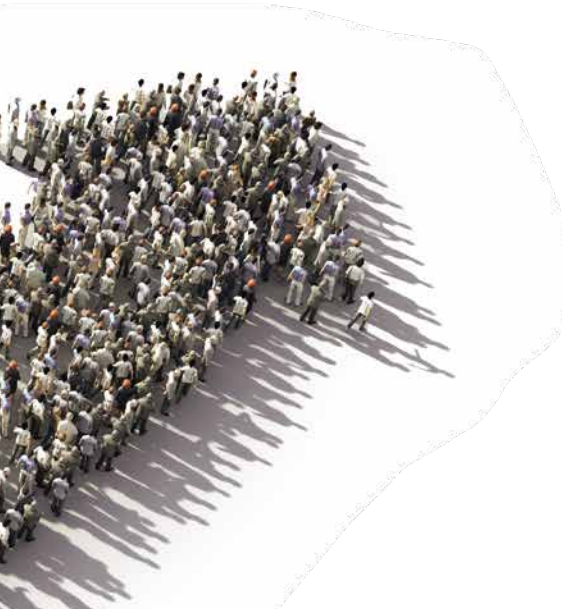
98 Prozent der unselbstständig Beschäftigten in Österreich haben einen Kollektivvertrag (KV) – ein in Europa vorbildlicher Wert (mehr dazu auf Seite 14).



Gerade für ArbeitnehmerInnen ist der KV eine wichtige Errungenschaft. Die Liste der Vorteile, welche die Beschäftigten durch den KV haben, ist lang: Er ist Garant für die jährlichen Lohnsteigerungen, aber auch das 13. und 14. Monatsgehalt (Urlaubs- und Weihnachtsgeld) sind nur durch den KV gesichert, ebenso die Zuschläge für Überstunden oder der Ausgleich für erschwerte Arbeits-

bedingungen – um nur einige wenige zu nennen. „Ohne Kollektivvertrag und jährliche Verhandlungen würden viele ArbeitnehmerInnen ihr jetziges Lohnniveau gar nicht erreichen. Jede und jeder Einzelne müsste alleine mit dem Chef verhandeln. Und meist kommt ganz wenig bis gar nichts dabei heraus“, so ÖGB-Präsident Wolfgang Katzian.

Über KV-Verhandlungen konnten die Gewerkschaften zudem viele Ver-



schlechterungen abblocken, die das von der ÖVP/FPÖ-Regierung 2018 überfallsartig beschlossene 12-Stunden-Tag-Gesetz ermöglicht hätte. Die KV-Verhandlungsteams haben erfolgreich dafür gekämpft, dass die Höchstgrenzen nur abgeschwächt gelten oder dass die Unternehmer einen Ausgleich dafür bezahlen und es sich nur in äußersten Notfällen auszahlt, an die Grenzen des Erlaubten zu gehen. Beispiele dafür sind: zusätzliche bezahlte Pausen bei überlanger Arbeitszeit, Extra-Zuschläge oder 12-Stunden-Schichten nur mit Zustimmung des Betriebsrates.

Ohne solide Daten geht nichts

Die Forderungen der ArbeitnehmerInnen sind freilich nicht einfach so aus der Luft gegriffen: Bereits im Vorfeld der KV-Verhandlungen wird gründlich recherchiert und wirtschaftliche Rahmenbedingungen werden analysiert. Es gilt unter anderem aktuelle Wirtschaftsda-

ten zu erheben und aufzuarbeiten und Spezialauswertungen einfließen zu lassen – etwa jährlich durchgeführte Lohn-erhebungen. Außerdem ist es für das Verhandlungsteam wichtig zu wissen, in welchen Beschäftigungsgruppen die Menschen arbeiten, sich mit BetriebsrätInnen auszutauschen, mit Beschäftigten zu sprechen und Eindrücke zu sammeln.

Auch wenn die Wachstumsprognose für 2019/2020 leicht abgesenkt wird, sehen viele ExpertInnen darin keinen Grund zur Sorge. Denn im internationalen Vergleich entwickelt sich die Wirtschaft in Österreich gut. Außerdem „schwimmen die Industrieunternehmen nach dem langen Boom im Geld“, schreibt Markus Marterbauer, Chefökonom der Arbeiterkammer, auf Twitter. Besonders stark über ihrem langjährigen Durchschnitt liegen etwa Metallerzeugung und Fahrzeugindustrie. Die logische Folge sind daher gute Lohn- und Gehaltsabschlüsse. „Sie sichern das gute Leben der ArbeitnehmerInnen, die Kaufkraft und damit auch die heimische Wirtschaft“, sagt Wolfgang Katzian, ÖGB-Präsident.

WELCHE GEWERKSCHAFTLICHEN MASSNAHMEN GIBT ES?



1. **BetriebsrätInnenkonferenz:** Dient der Vernetzung der BetriebsrätInnen einer Branche, der Koordination der weiteren Vorgangsweise bzw. Planung von Aktivitäten.
2. **Betriebsversammlung:** Dient zur Information der Belegschaft, zur Besprechung von Vorhaben und Vorbereitung von Kampfmaßnahmen.
3. **Warnstreik:** Ist eine befristete Niederlegung der Arbeit und soll dem Verhandlungspartner den Ernst der Lage vor Augen führen soll.
4. **Streik:** Ist ein kollektiver Entzug von Arbeitskraft. Die Streikformen reichen vom untätigen Verbleiben am Arbeitsplatz (Sitzstreik) bis zur Niederlegung der Arbeit durch alle Beschäftigten eines Landes (Generalstreik).

LOHNRUNDE – WAS EXPERTEN SAGEN

„In der Herbstlohnrunde ist Erntezeit auch für ArbeitnehmerInnen. Höhere Löhne stärken Kaufkraft und Konsumnachfrage und wirken damit dem vom Export kommenden Konjunkturabschwung entgegen. Lohnpolitik – im Dienste gerechter Verteilung und gesamtwirtschaftlicher Stabilität.“, sagt **AK-Chefökonom Markus Marterbauer**

Gute Lohnabschlüsse retten Konjunktur

Welche Bedeutung hohe Lohnabschlüsse für die gesamte Wirtschaft haben, machte der **Nationalbank-Gouverneur Ewald Nowotny** noch im August klar. Tragende Säule des österreichischen Wirtschaftswachstums sei vor allem der private Konsum. Das liege auch an den zuletzt hohen Lohnabschlüssen.

Das geht auch aus dem Konjunkturbericht des Wirtschaftsforschungsinstituts (WIFO) hervor. „Das Wachstum wurde vor allem von der Binnennachfrage getragen, in erster Linie von den Konsumausgaben“, schreibt **Christian Glocker vom WIFO**.

Ähnlich lautet die Einschätzung des **Instituts für Höhere Studien (IHS)**: „Die heimische Wirtschaftsleistung sollte damit leicht stärker zulegen als die im Euroraum (1,4 Prozent). Der private Konsum bleibt eine wesentliche Konjunkturstütze.“

Ganz anders sehen das die Arbeitgeber: „Die Party ist vorbei“, hat **Christian Knill, Obmann der Metalltechnischen Industrie**, vor Beginn der Herbstlohnrunde verlautbart. Das soll heißen: Die wirtschaftliche Lage gibt nicht viel her, und Knill will den ArbeitnehmerInnen nur minimale Lohn-/Gehaltserhöhungen zugestehen. Ökonomen sehen das aber anders: Es ist Zeit für gute Lohnabschlüsse.



Denner, Mellich & Bergmann

LEBE DAS LEBEN

Mehr auf LebeDasLeben.com

IHRE SORGEN MÖCHTEN WIR HABEN

Hindernisse aus dem Weg räumen

Der Equal Pay Day fällt heuer im Burgenland auf den 21. Oktober. Ab diesem Tag arbeiten Frauen bis zum Ende des Jahres „gratis“



Es müssen noch viele Hindernisse aus dem Weg geräumt werden, damit es zu Einkommensgerechtigkeit kommt.

EINE JUNGE BURGENLÄNDERIN – nennen wir sie Julia – steigt nach ihrer Schulausbildung ins Berufsleben ein. Auf sie werden einige Herausforderungen zukommen: Es könnte passieren, dass sie ganz am Anfang beim Berufseinstieg niedriger eingestuft wird als männliche Kollegen, die für die gleiche Tätigkeit aufgenommen werden. Vielleicht merkt sie die Un-

gerechtigkeit nicht, weil das Unternehmen keinen Betriebsrat hat bzw. zu klein ist, um Einkommensberichte legen zu müssen.

Die nächste Herausforderung kommt auf sie zu, wenn sie versucht, Familie und Beruf unter einen Hut zu bringen. Sie wird mit schlechten Öffnungszeiten der Kinderbetreuungseinrichtung zu kämpfen haben und mit der Tatsache, dass die unbezahlte Arbeit, wie der Haushalt, die Kinderbetreuung oder die Betreuung älterer Angehöriger, an ihr hängen bleiben wird. All diese Hindernisse werden dazu führen, dass Julias Einkommen um etwa 9.800 Euro pro Jahr niedriger sein wird als das eines gleichaltrigen Burgenländers. Es wird auch dazu führen, dass Julia im Alter um 40 Prozent weniger Pension bekommen wird als ein berufstätiger Mann.

Lohnschere schließt sich zu langsam

In den vergangenen zwölf Jahren hat sich der Equal Pay Day im Burgenland um einen Monat verbessert. Heuer fällt er auf den 21. Oktober – der Einkommensunterschied beträgt 9.840 Euro pro Jahr. Obwohl das Burgenland damit nach Wien an zweiter Stelle liegt, beträgt der Einkommensunterschied noch immer 19,4 Prozent. „Die Lohnschere zwischen Frauen und Männern schließt sich seit Jahren – jedoch schließt sie sich zu langsam. Unser Ziel muss sein, den Frauen möglichst viele Hindernisse aus dem Weg zu räumen“, erklärt ÖGB-Landesfrauenvorsitzende Hannelore Binder.

KOMMENTAR /// Hannelore Binder, Frauenvorsitzende ÖGB Burgenland

PAPAMONAT FÜR CHANCENGLEICHHEIT UND GLEICHSTELLUNG



der ÖGB-Frauen nun umgesetzt wird. Seit 1. September ist der Papamonat nun für alle Väter Realität.

Monatelang hat sich die alte Bundesregierung quergelegt. Der Papamonat wurde zwar versprochen, aber nur, um ihn kurze Zeit später wieder zu verschieben bzw.

Väter spielen im Leben der Kinder eine wichtige Rolle. Schön, dass das endlich auch die Politik eingesehen hat und die langjährige Forderung

abzusagen – mit der Begründung, er sei zu teuer für die Wirtschaft. Dieses Argument ist insofern unseriös, da zahlreiche ExpertInnen genau das Gegenteil sagen: Der Papamonat ist gut planbar und verursacht keine Kosten für die Betriebe. Im „Vorwahlkampf“ wurden die Fehler aus der Vergangenheit wohl eingesehen, der gesetzliche Anspruch auf den Papamonat für alle wurde beschlossen. So haben nun alle Väter die gleichen Voraussetzungen.

Gerade für das Burgenland und seine Familien ist das ein wichtiger Schritt, denn die Motivation, den Papamonat zu nehmen,

hielt sich bei den Vätern bisher in Grenzen. Wir hoffen, mit dem Rechtsanspruch mehr Papas dazu motivieren zu können, mehr Zeit mit ihren Kindern zu verbringen, die Bindung zum Kind zu stärken und ihre Partnerin in den ersten wichtigen Wochen zu unterstützen.

Der Beschluss im Nationalrat ist ein wichtiger Schritt zu mehr Chancengleichheit und Gleichstellung. Zudem ist das ein wichtiger Schritt zu einer höheren Väterbeteiligung und damit einer gerechteren Aufteilung der unbezahlten Arbeit zwischen Frauen und Männern.

WARUM BRAUCHT ES ÜBERHAUPT KOLLEKTIVVERTRÄGE?

Könnte man nicht einfach Mindestlohn & Co. im Gesetz regeln?

JEDES JAHR VERHANDELN GEWERKSCHAFTEN MIT DEN ARBEITGEBER-VERBÄNDEN HUNDERTE KOLLEKTIVVERTRÄGE (KV). KV-VERHANDLUNGEN SIND MÜHSAM UND KOSTEN ZEIT. WARUM ALSO NICHT EINFACH KV-INHALTE WIE DEN MINDESTLOHN IM GESETZ REGELN?

Dass der Mindestlohn zu den wichtigsten Themen jeder KV-Verhandlung gehört, ist wenig verwunderlich. Denn in Österreich werden Mindestlöhne in den Kollektivverträgen geregelt und nicht, wie etwa in Deutschland, im Gesetz. Aber warum ist das so? In Österreich gelten für 98 Prozent der Beschäftigten Kollektivverträge. In Deutschland hingegen fällt nur rund die Hälfte der unselbstständig Erwerbstätigen unter einen Kollektiv- bzw. Tarifvertrag. Wegen dieser geringen tarifvertraglichen Abdeckung bzw. weil sonst nur jede/r zweite ArbeitnehmerIn überhaupt einen Mindestlohn hätte, macht ein gesetzlicher Mindestlohn in Deutschland durchaus Sinn. Demgegenüber wäre eine gesetzliche Regelung in Österreich kontraproduktiv.

GESETZLICHER MINDESTLOHN ERHÖHT UNSICHERHEIT

Denn im Gegensatz zu KV-Löhnen können gesetzliche Mindestlöhne von jeder Regierungsmehrheit ohne große Probleme eingefroren, gesenkt oder auch abgeschafft werden. In den USA

zum Beispiel wurde der gesetzliche Mindestlohn zwischen 1997 und 2006 nicht erhöht und ist damit real Jahr für Jahr gesunken. Wenige Jahre später hat die Troika in mehreren südeuropäischen Ländern Mindestlohnsenkungen gefordert und durchgesetzt. Die Entscheidung über die Höhe ei-



nes gesetzlichen Mindestlohns bleibt immer eine politische. Und weil seine Ausgestaltung und sein Fortbestehen stets von der jeweiligen Regierung abhängen, führt ein gesetzlicher Mindestlohn für ArbeitnehmerInnen zu mehr Unsicherheit.

KOLLEKTIVVERTRÄGE SIND GERECHTER

Aber Kollektivverträge sind nicht nur sicherer, sondern auch gerechter.

Während ein gesetzlicher Mindestlohn nur die Bezüge der untersten Lohngruppen regelt, sind in den Kollektivverträgen Mindeststandards für alle Lohngruppen festgesetzt. Außerdem berücksichtigen Kollektivverträge Qualifikation, Einsatzgebiet und Dienstalter, anstatt nach dem

Gießkannenprinzip an alle gleich viel bzw. gleich wenig auszuschütten. Vor allem nehmen sie Rücksicht auf die jeweiligen Branchenbedingungen, was in einem allgemeingültigen Gesetz unmöglich wäre.

GEWERKSCHAFTLICHE STÄRKE ERHALTEN

Es gibt aber noch einen weiteren wichtigen Punkt: Wäre alles im Gesetz geregelt statt im Kollektivvertrag, würde die Verhandlungsstärke der Gewerkschaften extrem geschwächt werden. Denn nicht die Regierung zahlt die Löhne, sondern die Arbeitgeber. Deshalb lässt sich eine Regierung von Betriebsversammlungen, Betriebsratskonferenzen, Warnstreiks oder Streiks

wahrscheinlich nicht so schnell beeindrucken. Arbeitgeber und ihre Verbände hingegen können sich ausrechnen, wie viel Kampfmaßnahmen kosten würden. Deshalb sollten Arbeitsverhältnisse und vor allem Entgeltbestimmungen wie der Mindestlohn weiterhin im Kollektivvertrag geregelt und damit von denen verhandelt werden, die direkt davon betroffen sind.

NATIONALRATSWAHL 2019

Der ÖGB im Interesse der ArbeitnehmerInnen offen für Gespräche mit jeder Regierung

„**DIE ENTSCHEIDENDE FRAGE** für uns ist jetzt, wie schnell sich eine neue Bundesregierung bilden wird“, kommentiert ÖGB-Präsident Wolfgang Katzian das Ergebnis der Nationalratswahl: Die ÖVP als Wahlsiegerin wird den Auftrag zur Regierungsbildung bekommen. Sie muss die Entscheidung treffen, mit welchem Partner sie in den kommenden fünf Jahren für die Menschen in Österreich arbeitet. Möglich wäre diese Zweier-Koalition mit der SPÖ, mit der FPÖ und mit den Grünen.

„Wir stehen vor großen Herausforderungen. Egal, ob es die wirtschaftliche Entwicklung oder die Digitalisierung ist – die Gewerkschaftsbewegung sucht den Dialog mit allen, die bereit sind, diese Herausforderungen verantwortungsvoll und sozial gerecht zu gestalten. Dabei haben wir



© Adobe Stock / Christian Schwiär

den Fokus ganz klar auf das gute Leben für alle ArbeitnehmerInnen“, sagt Katzian: „Wir arbeiten mit jeder Regierung zusammen, die im Interesse der ArbeitnehmerInnen agiert. Darüber hinaus suchen wir auch den Austausch mit allen, die sich gemeinsam mit dem Gewerkschaftsbund für gesellschaftlichen Fortschritt und sozialen Frieden starkmachen.“



© Adobe Stock / altanaka

MINDESTSICHERUNG: DRAMATISCHE ZAHLEN

Die ehemalige ÖVP-FPÖ-Regierung hat die Mindestsicherung durch die Sozialhilfe Neu ersetzt. Bisher wurde das neue Gesetz nur in Niederösterreich umgesetzt – mit dramatischen Auswirkungen, wie aktuelle Zahlen der Armutskonferenz zeigen: Verluste gibt es ab dem ersten Kind, Paare mit zwei Kindern verlieren 142 Euro, mit drei Kindern bereits 301 Euro. Nachteile gibt es auch für Alleinerziehende und Personen in therapeutischen Wohngemeinschaften.



© Adobe Stock / deagrez

BETREUUNGSGELD: KRISENPFLEGEELTERN

Krisenpflegeeltern steht das Kinderbetreuungsgeld ab dem ersten Tag zu – nicht erst nach 91 Tagen, wie von der ehemaligen ÖVP-FPÖ-Regierung im Gesetz festgeschrieben. Das hat nun der Oberste Gerichtshof entschieden. Die Klage eingebracht hatte die AK Niederösterreich. „Es darf nicht sein, dass genau diejenigen, die Kindern Wärme und ein Zuhause auf Zeit bieten, dafür bestraft werden“, so Markus Wieser, AK-Niederösterreich-Präsident.



© Adobe Stock / contrastwerkstatt

SCHULBEIHILFE ERHÖHEN

Die Ausgaben für die Schule steigen jedes Jahr, die Höhe der Schulbeihilfe allerdings nicht, kritisiert AK-Oberösterreich-Präsident Johann Kalliauer, der eine Erhöhung fordert: „Laut Verbraucherpreisindex müsste der Grundbetrag um rund 25 Prozent angehoben werden, um die Teuerung auszugleichen.“ Angehoben wurde die Schulbeihilfe zuletzt im Jahr 2007. Detaillierte Informationen zur staatlichen Schulbeihilfe finden Sie unter: www.schulbeihilfenrechner.at



UNFAIR: AB 21. OKTOBER ARBEITEN FRAUEN GRATIS

Die aktuellen Zahlen zum Equal Pay Day zeigen:
Frauen verdienen 10.248 Euro weniger im Jahr als Männer

Jährlich grüßt der Equal Pay Day. Er markiert den Tag, ab dem Frauen in Österreich statistisch gesehen gratis arbeiten – heuer ist das ab dem 21. Oktober der Fall. In Zahlen ausgedrückt heißt das: Für die gleiche Arbeit verdienen Frauen 19,7 Prozent weniger als Männer. Ihnen entgehen damit 10.248 Euro im Jahr und sie arbeiten 72 Tage unbezahlt.

Höhere, faire Löhne für Frauen

Rund um die Gleichstellung von Frauen und Männern am Arbeitsmarkt hat sich in den letzten Jahrzehnten viel getan. Bei der Erwerbstätigkeit haben Frauen

tark aufgeholt, in puncto Bildung die Männer sogar überholt. Trotzdem verdienen sie noch immer um ein Fünftel weniger als ihre männlichen Kollegen. „Dass Frauen in Österreich jährlich rund 10.000 Euro weniger im Geldbörstel haben, ist nicht fair. Um dieses Geld könnte frau sich durchaus notwendige Dinge leisten, wofür sonst das Geld fehlt“, betont Korinna Schumann, ÖGB-Vizepräsidentin und Frauenvorsitzende. Die Gehälter der Beschäftigten in frauendominierten Branchen – insbesondere im Produktions- und Dienstleistungssektor, im Bereich Gesundheit, Pflege und Soziales – müssen stärker

19,7 %

verdienen Frauen weniger als Männer
bei gleichwertiger Arbeit.

10.248 €

im Jahr haben Frauen weniger im Geldbörstel.
So viel kostet in etwa **ein neuer Kleinwagen.**

72 Tage

im Jahr arbeiten Frauen gratis – dieses Jahr **ab dem 21. Oktober** bis zum 31. Dezember 2019.

angehoben werden. „Nach wie vor sind Berufe, in denen vor allem Frauen arbeiten, zu wenig wertgeschätzt. Das muss sich rasch ändern“, so Schumann. Insgesamt arbeiten 23 Prozent aller Frauen im Niedriglohnbereich, bei Männern sind es nur neun Prozent.

Es gibt aber viele andere Gründe, warum Frauen weniger verdienen:

- Weil immer mehr Teilzeitstellen angeboten werden: Zwischen 1996 und 2016 hat sich der Anteil der Teilzeitbeschäftigten mehr als verdoppelt. Und 80 Prozent dieser Stellen sind mit Frauen besetzt, die oft aber mehr Stunden arbeiten würden.
- Weil Kinderbetreuung fehlt: Aufgrund kurzer Öffnungszeiten, vieler Schließtage und hoher Kosten bleibt vielen Frauen – vor allem in ländlichen Regionen – nichts anderes übrig, als in Teilzeit zu arbeiten.
- Weil Frauen den Löwenanteil der unbezahlten Arbeit leisten: Frauen verdienen zwar weniger und sind oft in Teilzeit, sie arbeiten aber insgesamt mehr Stunden als Männer. Zählt man Erwerbstätigkeit, Haushaltstätigkeiten, Kinderbetreuung und Pflege von Angehörigen zusammen, kommen sie auf 65 Arbeitsstunden pro Woche.

EINKOMMENSUNTERSCHIEDE BESEITIGEN – DIE ÖGB-FRAUEN FORDERN:

- **Transparenz beim Einkommen:**
Einkommensberichte ab 100 Beschäftigte im Betrieb
- **Rechtsanspruch auf einen Gratis-Kinderbetreuungsplatz** für jedes Kind ab dem 1. Lebensjahr, der Vollzeitarbeit ermöglicht.
- **Flächendeckenden Ausbau der mobilen Dienste, Pflegeheime und Tageszentren.**
- **Väter müssen die Chance bekommen, sich stärker an der Familienarbeit zu beteiligen.** Anreize für partnerschaftliche Teilung im Sozial- und Steuersystem müssen verstärkt werden.

Weiter Aufregung um Kardiologie

Vertreter des ÖGB Niederösterreich, der niederösterreichischen Gebietskrankenkasse und Betriebsrat fordern den Erhalt der Kardiologie in Krems.



© ÖGB Niederösterreich

„**IM RAUM KREMS** ist die medizinische Versorgung von Herzpatienten in Gefahr“, warnt Günter Steindl, Direktor der niederösterreichischen Gebietskrankenkasse (NÖGKK). Eine Schließung der Kardiologie im Uni-

versitätsklinikum Krems, die es seit 1991 gibt, würde bei Herzkatheteruntersuchungen in Niederösterreich zu massiven Engpässen führen. „Fällt die Station weg, hätte das schlimme Folgen für die Menschen im NÖ-Zentralraum“, so Steindl. Nach einem Lokalausweis appelliert er an den für die Spitäler zuständigen Landesrat Stephan Pernkopf, von diesen Plänen Abstand zu nehmen.

Ausbau statt Schließung

„Wir steuern auf eine echte Versorgungskrise in dieser Region zu“, erklärt der NÖGKK-Direktor. „Es ist nicht nur nicht realistisch, schnell irgendwo einen Ersatz zu schaffen, sondern unmöglich. Statt die Station zu schließen, muss der Standort in Wirklichkeit ausgebaut werden. Experten sagen uns, dass in den kommenden Jahren mit einem wachsenden Bedarf an

Untersuchungen und Behandlungen gerechnet wird und eigentlich weitere Geräte angeschafft werden müssten.“

Auch der profunde Kenner des Gesundheitssystems und stellvertretende Landesvorsitzende des ÖGB, Rudolf Silvan, machte sich ein Bild der Lage und weist auf die Folgen für die Beschäftigten am Standort Krems hin. „Es wäre Wahnsinn, diese Station mit bestem Ruf zu schließen. Das Ganze ist eine Schnapsidee und nicht nur zum Nachteil für die Patientinnen und Patienten. Wenn die Kardiologie in Krems dem Sparstift zum Opfer fällt, fallen wichtige Arbeitsplätze von Gesundheitsexpertinnen und -experten in dieser Region weg. 30 Ärztinnen und Ärzte und weitere 70 Beschäftigte müssten abwandern. Das wäre ein echter medizinischer Aderlass für den niederösterreichischen Zentralraum.“

Rasche Entscheidung nötig

Der Betriebsrat des Kremser Spitals, Dr. Josef Sattler, berichtet, dass die Wartezeiten stetig ansteigen: „Die Menschen warten zehn Wochen und mehr, bis sie endlich einen Termin erhalten. Das muss sich ändern. Wenn es aber nach den Plänen der Klinikenholding geht, wird die Situation bald viel schlimmer werden.“ Steindl, Silvan und Sattler fordern unisono: „Wir benötigen dringend eine schnelle Entscheidung. Die Menschen in unserem Land brauchen eine sichere Gesundheitsversorgung. Die Kardiologie in Krems muss erhalten bleiben!“

KOMMENTAR /// Christian Farthofer, ÖGB-Landessekretär Niederösterreich

TÄGLICH GRÜSST DAS MURMELTIER



© ÖGB NÖ

Jetzt haben wir die x-te Wahl in den letzten drei Jahren hinter uns. Ein Lob ist der österreichischen Bevölkerung auszusprechen, die noch immer nicht wahlmüde ist und weiterhin am demokratischen Willensprozess teilnimmt. Was jetzt folgt, ist bekannt und folgt immer den gleichen Ritualen. Zuerst sondiert man lang und breit und dann verhandelt man noch länger und noch breiter. Bis eine neue Regierung ihre Geschäfte aufnimmt, werden also einige

Wochen bis Monate vergehen. Wenn man bedenkt, dass seit Mai Wahlkampf ist und keine konkrete Regierungsarbeit möglich war, dann kann man nur hoffen, dass sich alle Akteure besinnen und endlich zum Wohl der arbeitenden Menschen in diesem Land agieren. Es ist genug wertvolle Zeit vergangen. Die Menschen erwarten sich Lösungen und keinen Wahlkampf in der Dauerschleife.

Eine alte Losung der Gewerkschaft wird auch diesmal gelten: „Wir beurteilen jede Regierung danach, was sie für die ArbeitnehmerInnen in diesem Land tut.“ Es gäbe viel für die Beschäftigten in diesem Land zu tun, von neuen Arbeitszeitmodellen bis hin zu einer Steuer-

reform, die die ArbeitnehmerInnen entlastet. Eines will ich inständig hoffen: Die Gräben der vergangenen Jahre dürfen nicht noch tiefer werden. Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass eine Mehrheit der ÖsterreicherInnen das auch nicht will. Gerade in Niederösterreich pflegen wir als Sozialpartner ein ganz anderes Miteinander. Vielleicht sollte man die Koalitionsverhandlung bei uns im Land abhalten und von uns Sozialpartnern lernen, wie man respektvoll und auf Augenhöhe miteinander umgeht. Es mag bei politischen Details Unterschiede geben, aber der Grundkonsens der 2. Republik darf nicht weiter ausgehöhlt werden.



© Adobe Stock / Photobank

ÖSTERREICH IST WELTMEISTER!

Österreich hat die höchste Quote an ArbeitnehmerInnen mit Kollektivvertrag. Warum ist das so?

So gut wie alle ArbeitnehmerInnen in Österreich haben einen Kollektivvertrag. Laut OECD sind es 98 Prozent – Weltspitze! Ein Vergleich: In Deutschland sind es weniger als 60 Prozent, in den baltischen Ländern gar nur um die 10 bis 20 Prozent. Was bedeutet das für die ArbeitnehmerInnen?

WAS IST EIN KOLLEKTIVVERTRAG (KV)?

Das sind Vereinbarungen, die von den Gewerkschaften mit den VertreterInnen der Arbeitgeber verhandelt werden. Sie gelten für alle ArbeitnehmerInnen und sorgen für faire Arbeitsbedingungen und gerechte Löhne und Gehälter.

WAS HABEN DIE ARBEITNEHMERINNEN VOM KV?

In den KV-Verhandlungen, auch Lohnrunden genannt, werden die jährlichen Lohn-/Gehaltserhöhungen verhandelt. Aber auch viele Regeln, die besser sind als vom Gesetz vorgegeben, zum Beispiel: längere Lohnfortzahlung im Krankenstand. Nicht zu vergessen: Auch Urlaubs- und Weihnachtsgeld sind im KV geregelt, deshalb bekommen es hierzulande fast alle. Um wieder Deutschland als Vergleich heranzuziehen: Dort bekommt jede/r zweite Beschäftigte gar kein Urlaubsgeld.

WIESO BEKOMMEN SO VIELE DEUTSCHE KEIN URLAUBSGELD?

Ob ein Beschäftigter in Deutschland Urlaubsgeld erhält oder nicht, ist von mehreren Faktoren abhängig. „Mit Abstand am wichtigsten ist die Frage, ob im Unternehmen ein Tarifvertrag gilt“, sagt der Leiter des WSI-Tarifarchivs der Hans-Böckler-Stiftung, Thorsten Schulten. Ein Tarifvertrag ist die deut-

sche Entsprechung zum österreichischen Kollektivvertrag. ArbeitnehmerInnen mit Tarifvertrag erhalten zu 69 Prozent Urlaubsgeld, jene ohne Tarifvertrag nur zu 36 Prozent. Hätten also mehr Deutsche einen Tarifvertrag, dann hätten sie wohl auch mehr Urlaubsgeld.

WARUM HABEN IN ÖSTERREICH VIEL MEHR ARBEITNEHMERINNEN EINEN KOLLEKTIVVERTRAG?

Das liegt daran, dass es in Österreich eine gesetzliche Mitgliedschaft in den Kammern gibt. Deshalb können Arbeitgeber nicht einfach aus dem Kollektivvertrag austreten. Anders sieht es in Deutschland aus: Wenn ein Unternehmen den Tariflohn oder das Urlaubsgeld nicht mehr zahlen will, muss es nur aus dem Tarifvertrag austreten.

Ein weiterer Grund, warum in Österreich fast alle ArbeitnehmerInnen einen Kollektivvertrag haben, ist die „Außenseiterwirkung“: Der KV gilt für alle ArbeitnehmerInnen, nicht nur für diejenigen, die Mitglied in der Gewerkschaft sind, die ihn verhandelt hat. In Deutschland gilt er hingegen nur für Mitglieder.

WARUM SOLL MAN DANN TROTZDEM GEWERKSCHAFTSMITGLIED SEIN?

Obwohl der KV auch für Nicht-Mitglieder gilt, ist klar: je mehr Mitglieder, desto stärker die Verhandlungsbasis der Gewerkschaften. Mehr Mitglieder, bessere Arbeitsbedingungen, höhere Lohn-/Gehaltsabschlüsse.

www.oegb.at/mitgliedwerden

GUTE VORBEREITUNG IST ALLES



BERUF(UNG): VERHANDLER

„DIE KOLLEGINNEN VOR ORT in die Vorbereitungen einbinden und sie während der Verhandlungen auf dem Laufenden halten“, sehen Karl-Heinz Hintersteiner und Johann Forstner als ihre wichtigsten Aufgaben bei den Kollektivvertragsverhandlungen der Metaller. Hintersteiner ist Vorsitzender des Arbeiterbetriebsrates von Welser Profile, einem mittelständischen Unternehmen, und heuer das letzte Mal im sogenannten „kleinen Verhandlungsteam“. Seine GewerkschaftskollegInnen hat er bereits über die Stimmung, aber auch die wirtschaftlichen Grunddaten des Betriebes und der Region informiert. Hintersteiner: „Ich weiß über alles Bescheid, da können mich die Arbeitgeber nicht am Schmach halten.“ (mehr auf den Seiten 4–7).

Forstner sitzt heuer das erste Mal am Verhandlungstisch den Arbeitgebern gegenüber. Er ist Angestellten-Betriebsrat und

auch Vorsitzender des Konzernbetriebsrates des Automobilzulieferers Miba. Auch er ist seit Monaten mit den Beschäftigten im regen Austausch: „Nach dem KV-Abschluss ist vor dem KV-Abschluss. Die Vorbereitungen auf die nächste KV-Runde beginnen eigentlich gleich nach einem KV-Abschluss.“ Miba hat weltweit 26 Produktionsstandorte. Forstner: „Ich habe mich natürlich auch über die wirtschaftliche Situation der Standorte, beispielsweise in China oder den USA, bestens informiert.“

Die Vorbereitungen der BetriebsrätInnen werden kombiniert mit den Analysen, die die ExpertInnen der Gewerkschaften PRO-GE und GPA-djp schon seit Monaten liefern. Hintersteiners Erfahrung: „So vorbereitet können die Arbeitgeber uns nicht hinters Licht führen.“ Eines ist für die Gewerkschafter klar: Der Mensch muss im Mittelpunkt stehen.

AUS DEM BURGENLAND

Frauenpower beim Austrian Institute of Management

Bei der Austrian Institute of Management GmbH wurde erstmals eine Betriebsratswahl durchgeführt. Zur Betriebsratsvorsitzenden wurde Claudia Frank-Pirger gewählt. Bei ihrer Tätigkeit wird die Klingenbäckerin von Nicole Schmidl aus Marz unterstützt. Die Austrian Institute of Management GmbH in Eisenstadt ist ein Tochterunternehmen der FH Burgenland und führende Anbieterin im Bereich Fernstudium.

Gewinnspiel der ÖGB-Frauen

Unter dem Motto „Mehr Zeit für dich“ veranstalten die ÖGB-Frauen im Zuge des Equal Pay Day ein Gewinnspiel. Zu gewinnen gibt es Kino-, Thermen- und Brunch-Gutscheine.

Folgende Fragen müssen richtig beantwortet werden:

1. Auf welches Datum fällt der Equal Pay Day im Burgenland?

- a) 23. September
- b) 21. Oktober
- c) 9. November

2. Um wie viel verdienen Frauen im Burgenland weniger als Männer?

- a) 9.840 Euro
- b) 7.840 Euro

3. Wann wünschen sich die ÖGB-Frauen den Equal Pay Day?

- a) 1. Jänner
- b) 31. Dezember

Die richtigen Antworten bitte bis **20. Dezember 2019** an frauen.burgenland@oegb.at senden.

Theaterabend zum Equal Pay Day

Anlässlich des Equal Pay Day laden die ÖGB-Frauen Burgenland gemeinsam mit der Arbeiterkammer und dem AMS zu einem Theaterabend mit dem portraittheater. Gespielt wird „Arbeit. Lebensnah – Käthe Leichter und Marie Jahoda“.

18. Oktober 2019, Einlass: 17.30 Uhr, Beginn: 18.30 Uhr

ÖGB-AK-Haus Eisenstadt, Großer Saal
Anmeldung bis **14. Oktober 2019** unter Sabine.Tschuertz-Tarody@akbgld.at

ÖGB-Fußballcup 2019

Beim ÖGB-Fußballcup 2019 treffen sich Firmenmannschaften aus den Bezirken Oberpullendorf und Oberwart zum Hallenturnier.

23. November 2019, 13 Uhr, Sporthalle Kurz, Oberpullendorf – Anmeldung und Information unter 03352/323 56

ZIVILCOURAGE-WORKSHOP MIT JUGENDLICHEN



© AK Burgenland

BEDROHUNG, Mobbing und Diskriminierung sind Alltagserscheinungen, die auch in der beruflichen Ausbildung

sehr präsent sind und sich auf das Arbeitsklima auswirken. „Gewalt in körperlicher und digitaler Form ist für junge Menschen sehr präsent. Mit dem Zivilcourage-Workshop haben wir uns mit dem Thema inhaltlich auseinandergesetzt“, erklärt ÖGJ-Landessekretärin Ramona Pfneiszl. Den TeilnehmerInnen wurde im ÖGJ-Workshop mehr Selbstbewusstsein, Selbstkontrolle und Mut vermittelt, um in der Öffentlichkeit in unangenehmen Situationen einzugreifen und das Miteinander in der Ausbildung zu stärken. 18 Jugendliche aus dem Burgenland nahmen am Workshop der ÖGJ in Eisenstadt teil.

ARBEITSRECHT GRIFFBEREIT

WELCHE VERTRÄGE gibt es? Welche Rechte haben ArbeitnehmerInnen? Im Arbeitsalltag tauchen immer wieder Fragen und Probleme auf. Antworten darauf liefert die AK-Broschüre „Arbeitsrecht griffbereit“. „Diese Broschüre gibt Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern auf einen Blick die grundlegendsten Informationen. Bei konkreten Problemen hilft nichtsdesto-

trotz aber nur eine Beratung bei unseren Expertinnen und Experten“, betont Gerhard Michalitsch, Präsident der Arbeiterkammer Niederösterreich.

Die Broschüre „Arbeitsrecht griffbereit“ gibt es auf der AK-Homepage bgld.arbeiterkammer.at zum Download. Sie kann aber auch in jeder AK-Bezirksstelle abgeholt werden.

100 JAHRE BETRIEBSRÄTEGESETZ



© ÖGB Burgenland

ANLÄSSLICH DES 100-JAHR-JUBILÄUMS des Betriebsrätegesetzes tourt eine Ausstellung durch das Burgenland, die sich mit der Geschichte der Mitbestimmung auseinandersetzt. Die Ausstellung gastierte auch im Krankenhaus in Oberwart, wo sie sowohl von Mitar-

beiterInnen als auch von PatientInnen und BesucherInnen besichtigt werden konnte. Die Ausstellung besteht aus zehn Roll-ups und ist durch Betriebsratsinterviews untermalt. Derzeit steht sie im ÖGB in Eisenstadt, kann aber von BetriebsrätInnen für Firmen ausborgt werden. „Starke Interessenvertretungen sind auch in Zukunft ein unverzichtbarer Bestandteil der Demokratie. In einer Zeit des Umbruchs sind sie notwendiger denn je zuvor. Auch heute stehen wir wieder vor der Situation, dass die Rechte und Errungenschaften der Gewerkschaftsbewegung eingeschränkt werden“, mahnt Dorotya Kicking, ÖGB-Bildungssekretärin im Burgenland.

Sicher unterwegs mit KV

Im Kampf gegen prekäre Beschäftigung und für mehr Mitbestimmung war die Gewerkschaft vida erfolgreich: Der weltweit erste Kollektivvertrag für FahrradbotInnen wurde in Österreich beschlossen



Die Zahl der FahrradzustellerInnen in Österreich steigt stark an

Es ist Mittwoch. Petra K. hat einen anstrengenden Arbeitstag hinter sich und ist zu müde, noch stundenlang in der Küche zu stehen und ein Essen vorzubereiten. Sie greift lieber zum Smartphone und bestellt online eine Pizza. Eine halbe Stunde später läutet es an der Haustür und Petra hält ihr Abendessen in der Hand.

Mehrere Tausend Menschen verdienen in Österreich ihr Geld mit der Zustellung von Essen, Briefen und Paketen per Fahrrad. Meist in prekären Beschäftigungsverhältnissen als freie DienstnehmerInnen oder als Scheinselbstständige. Damit ist jetzt Schluss.

Großer Erfolg der Gewerkschaft

Die Gewerkschaft vida hat nach langen Verhandlungen den weltweit ersten Kollektivvertrag (KV) für FahrradbotInnen und EssenzustellerInnen abgeschlossen.

„Für unselbstständig beschäftigte ZustellerInnen gilt nun ab 1. Jänner 2020 ein Basislohn von 1.506 Euro brutto im Monat bei einer 40-Stunden-Woche mit der Option auf eine 4-Tage-Woche. Es steht natürlich jedem Unternehmen frei zu überzahlen“, so der zuständige KV-Verhandler der vida Karl Delfs. Erstmals besteht für Beschäftigte in der Branche auch ein Rechtsanspruch auf Urlaubs- und Weihnachtsgeld. Ebenso wurden entsprechende Kostenersätze für die Verwendung von Privat-Fahrrädern und Privat-Handys im Kollektivvertrag verankert – als faire Abgeltung an die DienstnehmerInnen. Der Kollektivvertrag wird bei den jährlichen Lohnverhandlungen natürlich weiterentwickelt werden.

Betriebsrat für *lieferservice.at*

Mit dem Boom der Online-Essensbestellportale wie *Lieferservice* und

Mjam ist die Zahl der FahrradzustellerInnen in den vergangenen Jahren in Österreich stark angestiegen. Aber auch Paketdienste wie DHL und UPS setzen immer stärker auf FahrradbotInnen. Laut Schätzungen gibt es mehrere Tausend FahrradzustellerInnen hierzulande.

Digitalisierung braucht Mitbestimmung

Das Zulieferkonzept steht und fällt nicht nur mit den RadfahrerInnen, sondern auch mit einem Computer. „Es ist nicht mehr so wie früher, dass man im Restaurant anruft und Essen bestellt. Von der Essensbestellung über die Fahrroute bis zum Kontakt mit dem Kunden – alles wird über Apps am Smartphone abgewickelt“, erzählt Erich Fiedler im Gespräch mit der „Solidarität“. Er ist stellvertretender Betriebsrat beim Wiener Fahrrad-Essenzustelldienst *lieferservice.at*. *Lieferservice.at* ist europaweit nach *Foodora* erst das zweite Unternehmen in der Branche mit Betriebsrat – der Betriebsrat konnte mit Unterstützung der Gewerkschaft vida im Frühsommer 2019 gegründet werden.

Gerade in Zeiten der Digitalisierung und mit den damit einhergehenden Veränderungen in der Arbeitswelt ist Mitbestimmung und Beteiligung von Betriebsräten enorm wichtig – vor allem wenn es um die Gestaltung neuer Arbeitsprozesse und die Beschäftigungssicherung geht. Das bestätigt auch Fiedler: „Seit der Gründung unseres Betriebsrates konnten wir schon öfters Kündigungen abwehren und das Betriebsklima zwischen der Unternehmensführung und den MitarbeiterInnen wesentlich verbessern.“

Mehr Informationen zum Thema: www.vida.at/strasse

MILITÄRAKADEMIE ALS FAMILIENSPIELPLATZ

Spiel, Spaß und Information für Groß und Klein



© ÖGB Niederösterreich

BEI STRAHLENDEM SONNENSCHNEI war das Familienfest von AK und ÖGB Niederösterreich im Industrieviertel am letzten Feriensontag ein voller Erfolg. Mehr als 1.700 BesucherInnen ließen es sich nicht nehmen, um am Gelände der Theresianischen Militärakademie in Wiener Neustadt mit einem vielfältigen Freizeit- und Eventprogramm einen erlebnisreichen Tag zu verbringen.

Spaß und Action – das hatten Hunderte Familien am dritten AK/ÖGB-Familienfest in diesem Jahr. „AK und ÖGB

bewegen Niederösterreich – das sagen wir nicht nur, wir tun es auch. Mit unseren Festen für die Familien haben wir eine großartige Veranstaltungsreihe geschaffen. Wir zeigen damit, dass wir für die Familien ein verlässlicher und kompetenter Partner in der Arbeitswelt und in der Freizeit gleichermaßen sind. Wir sind dort, wo die Menschen sind“, freut sich AK-Niederösterreich-Präsident und ÖGB-Niederösterreich-Vorsitzender Markus Wieser als Gastgeber über den BesucherInnenandrang beim Familienfest im Industrieviertel. Mehr als 1.700 Gäste aller Altersgruppen konnten bei der Veranstaltung begrüßt werden.

Vom Bungee-Trampolin bis zum Leistungsüberblick

Über 20 Spiel- und Spaßstationen der kidsMANIA Smiley-Tour sorgten bei den Kleinen für viel Spaß. Jede Menge Action gab es beim Bungee-Trampolin, Ponyreiten und dem Kletterturm. Zahlreiche Infostände von AK Niederösterreich, Fachgewerkschaften und PartnerInnen boten einen Überblick über deren Leistungen und deren Einsatz für niederösterreichische ArbeitnehmerInnen. Im Rahmen eines großen Gewinnspiels übergab der Vorsitzende des ÖGB Niederösterreich attraktive Preise an Kinder und Eltern.

GEWERKSCHAFTSSCHULE THERMENREGION



© ÖGB Niederösterreich

KAUM HAT DIE LETZTE KLASSE der Gewerkschaftsschule den Abschluss gefeiert, beginnen schon 31 neue Kolleginnen und Kollegen mit dieser zweijährigen Ausbildung. Für Markus Wagner, Regionalsekretär der Region Thermenregion/Wienerwald, ist das ein ganz starkes Zeichen: „Das ist ein Beweis dafür, dass die Gewerkschaften in der Region bestens aufgestellt sind. Wir wünschen den TeilnehmerInnen viel Erfolg.“

VEREINSMESSE



© ÖGB Niederösterreich

IN GRAMATNEUSIEDL – in der Thermenregion – fand eine große Vereinsmesse statt. Mit dabei ein gemeinsamer Stand von ÖGB und ÖGJ. Das ehrenamtliche Engagement in vielen Vereinen im Land ist die Voraussetzung für vielfältige Angebote und ein gelebtes Miteinander. Genau das wollte die Gemeinde Gramatneusiedl erstmalig den Jugendlichen in der Gemeinde nahebringen. Was für Möglichkeiten des Engagements gibt es? Wer setzt sich wofür ein? Das Angebot der ÖGJ wurde mit großem Interesse aufgenommen.

**Bessere
Antworten
Wie
Alles
Geht.**

Wenn Sie Ihre KontoBox für
den jö Bonus Club aktivieren:

**Sammeln
Sie bis zu
25%
mehr Ös!**

**Jetzt
passende
KontoBox
auswählen**

jö

Gültig für Zahlungen bei jö Partnern mit BAWAG P.S.K. Kredit- oder Kontokarte.
25% mehr Ös gilt auf die Einkaufssumme in Euro mit Ihrer Kreditkarte GOLD.
Einfach Ihre KontoBox Small bis XLarge in einer BAWAG P.S.K. Filiale aktivieren.



© ÖGB-Verlag

NEUER RATGEBER UNTERSTÜTZT ELTERN

Wenn ein Kind unterwegs ist, beginnt für werdende Eltern eine aufregende Zeit: einerseits die emotionale Vorbereitung auf den Tag X und andererseits viel Bürokratie und Organisation. Eltern stellen sich viele Fragen: Wann muss die Schwangerschaft dem Arbeitgeber gemeldet werden? Wie hoch ist das Kinderbetreuungsgeld? Wann beginnt das Beschäftigungsverbot für werdende Mütter? Wie funktioniert der Wiedereinstieg nach der Karenz? Der neue Ratgeber „Von der Schwangerschaft bis zum Schuleintritt“ bietet nun Abhilfe. Er beantwortet nicht nur alle Fragen vom Beginn einer Schwangerschaft bis zu den ersten Lebensjahren des Kindes, sondern zeigt anhand von Beispielen auch, wie sich werdende Mütter und Väter vor Stolpersteinen und bösen Überraschungen schützen können.

Bestellt werden kann der Ratgeber online zum Preis von 19,90 Euro (auch als e-book erhältlich):

arbeit-recht-soziales.at

Ratgeber gewinnen

Die „Solidarität“ verlost drei Exemplare des neuen Buches „Von der Schwangerschaft bis zum Schuleintritt“. Was Sie dafür tun müssen? Machen Sie einfach beim Gewinnspiel auf Seite 23 mit und schicken Sie uns das Lösungswort an gewinnspiel@oegb.at.



© Adobe Stock / FollowTheFlow

WOHNEN MUSS BEZAHLBAR SEIN

Wohnen ist zu teuer. Fast die Hälfte des Einkommens gibt jeder vierte Haushalt in Europa für Wohnen aus – die Mietpreise in Österreich stiegen von 2014 bis 2018 um 13 Prozent. Ein Hauptgrund für den Anstieg ist der Mangel an verfügbarem Wohnraum. In Österreich gibt es zwar im Vergleich mit anderen Staaten einen hohen Anteil an gefördertem und sozialem Wohnbau, doch das ist nicht selbstverständlich. Damit alle Menschen Zugang zu leistbarem Wohnraum haben, sammelt jetzt die europaweite Bürgerinitiative „Housing for All“ Unterschriften. Kommen genug Unterschriften zusammen, muss die Initiative im EU-Parlament behandelt werden. Hier geht's zur Petition:

<https://www.housingforall.eu>



© Adobe Stock / pikselstock

MEHR KRANKEN- HAUS-PERSONAL

Auf Kosten von Gesundheit und Menschen darf nicht gespart werden. Die Gewerkschaft vida hat daher gemeinsam mit der Arbeiterkammer die Offensive „Mehr von uns. Besser für alle.“ ins Leben gerufen und fordert 20 Prozent mehr Personal für Krankenhäuser und eine rasche Aufstockung als Akutmaßnahme. Die MitarbeiterInnen sind das Rückgrat des Spitalsbetriebs, aber sie sind an ihren psychischen und physischen Grenzen angekommen.

In den kommenden Monaten werden zahlreiche Aktionen stattfinden, um auf die personelle Situation in den Krankenhäusern aufmerksam zu machen. Wer die Kampagne unterstützen will, kann hier die Petition unterschreiben:

<http://bit.ly/2loZikH>

ÖGB-Informationsabend:

Halt der Gewalt

- Gewaltprävention am Arbeitsplatz

Der ÖGB-Infoabend möchte für das Thema Gewalt sensibilisieren, um Gewalt im Anfangsstadium zu verhindern. Ziel ist aber auch, die eigenen Grenzen zu erkennen und sich innerbetrieblich oder außerhalb der Arbeitsstätte Hilfe zu organisieren.

Wann: 29. Oktober 2019, um 18 Uhr

Wo: ÖGB, Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien (U2 Donaumarina)

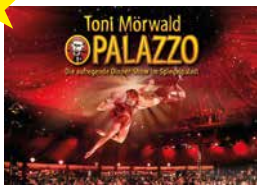
Anmeldung per E-Mail unter service@oegb.at oder telefonisch unter **01/534 44-39100** möglich.

ÖGB

GEWINNSPIEL

Bei der ÖGB-Kartenstelle gibt es ab sofort Ermäßigungen auf Tickets für die Vorweihnachtszeit und das kommende Frühjahr. Erleben Sie wunderschöne Abende in bester Stimmung oder reservieren Sie Tickets als Geschenk! Die „Solidarität“ verlost 2 Karten für die Große Symphonie im Wiener Musikverein am Freitag, den 20. Dezember 2019!

Gewinnfrage: Wann findet der österreichweite Equal Pay Day heuer statt?



Toni Mörwald – PALAZZO 2019/2020

„Ladies First“ – die aufregende Dinner-Show im Spiegelpalast Wien, meisterhafte Kochkunst trifft auf preisgekrönte Akrobatik, **13. November bis 15. März 2020**. 10 % Ermäßigung im November und Jänner (nur Kategorien Loge und Rang)



BODYGUARD

„Bodyguard“ hat die Herzen auf der ganzen Welt erobert. Festspielhaus Bregenz: **5. bis 9. Februar 2020**; Oper Graz: **1. bis 12. Juli 2020**.



FLASHDANCE – Das Musical

What a feeling! Das Musical bringt das Lebensgefühl der 1980er-Jahre live auf die Bühne Wiener Stadthalle, **8. bis 11. Februar 2020**.

DIE ANTWORT SENDEN SIE BITTE AN:

Redaktion Solidarität,
Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien oder
per E-Mail an soli@oegb.at

Einsendeschluss: **15. November 2019**

Alle Tickets zu ermäßigten Preisen

ÖGB-KARTENSTELLE

<http://kartenstelle.oegb.at>

Öffnungszeiten: Mo, Di, Mi: 9 bis 16 Uhr;

Do: 9 bis 18 Uhr; Fr: 9 bis 13 Uhr.

Tel.: 01/534 44-39675, 39677, 39679, 39681

Adresse: Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien,

E-Mail: ticketsservice@oegb.at

Die GewinnerInnen werden schriftlich verständigt. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Die Preise können nicht in bar abgelöst werden.

kika

Leiner

ÖGB
MITGLIEDER-
RABATT ¹⁾

8%

ZUSÄTZLICH

¹⁾ Gültig von 15.04. bis 31.12.2019 in allen kika und Leiner Einrichtungshäusern in Österreich. Gilt auch bei Prozentaktionen sowie auf Werbe- und Aktionsware.

kika

**ROTE KARTE JETZT ABHOLEN
UND VORTEILE SICHERN:**

- Ermäßigte Preise
- Persönliche Gutscheine
- Rabatt-Kupons
- Premium-Newsletter
- Kids Klub



Nähere Infos bei Ihrem kika Einrichtungsberater und auf www.kika.at/rotekarte.

Leiner

**LEINER VORTEILSKARTE
JETZT ABHOLEN**

IHRE VORTEILE AUF EINEN BLICK:

- bis zu 5% **zusätzlich** sparen
- exklusive **Bonuspunkte**
- attraktive **Services**
- persönliche **Gutscheine**
- Premium-Newsletter
- **Teddy Club**



Nähere Infos bei Ihrem Leiner Wohnberater und auf www.leiner.at/service/vorteilskarte.

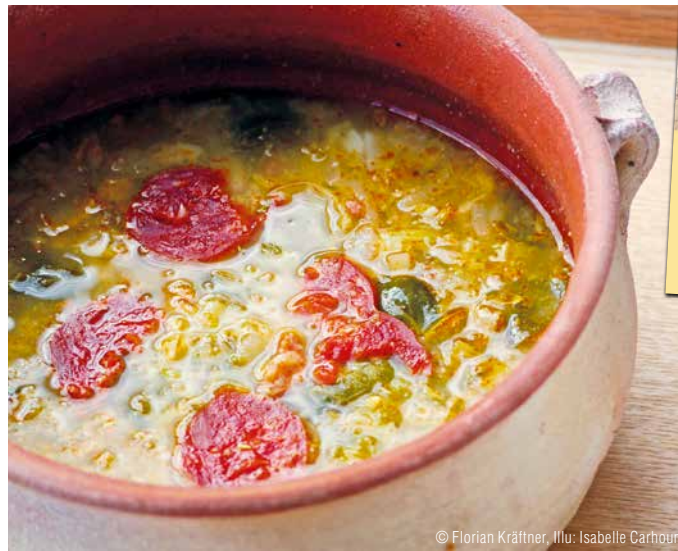


Caldo verde – portugiesischer Grünkohl-Eintopf

von Florian Kräffner

Zutaten (für 4 Personen)

- ◆ 3 Esslöffel Olivenöl
- ◆ 150 Gramm Chouriço
- ◆ 2 gelbe Zwiebeln
- ◆ 2 Knoblauchzehen
- ◆ 1 Lorbeerblatt
- ◆ 4 mehligere Kartoffeln
- ◆ 1,5 Liter Wasser
- ◆ 200 Gramm Grünkohl
- ◆ Salz, Pfeffer, Weißweinessig, Olivenöl



© Florian Kräffner, Illu: Isabelle Carhoun



© Verlagsgruppe Random House GmbH, München

Lissabon – Rezepte und Geschichten aus der Stadt des Lichts. Von Nuno Mendes. Prestel Verlag, 372 Seiten, 32,90 Euro

Herbst ist Suppenzeit. Caldo verde benötigt nur eine Kochplatte und eignet sich zum Aufwärmen. Das Rezept ist weitgehend aus dem wunderschönen Buch „Lissabon“ übernommen, das mehr als nur ein Kochbuch ist. Nuno Mendes gibt in mehreren langen Leseartikeln Einblick in das kulinarische Leben in der portugiesischen Hauptstadt, von Kaffee mit Puddingörtchen über Petiscos und Salgados (Imbisse) am Kiosk mit Ausblick bis zum Mitternachtssandwich.

Erfreulicherweise lässt er auch finstere Episoden der Geschichte (Kolonialismus, Salazar-Diktatur) nicht beiseite.

„Caldo verde ist portugiesisches Soulfood“, „sehr einfach und besteht nur aus wenigen, preiswerten Zutaten – eine Art Sinnbild für Portugal.“ Zwiebeln und Knoblauch fein schneiden. Kohl in dünne Streifen schneiden. Kartoffeln schälen und würfeln. Chouriço (oder spanische Chorizo) enthäuten, würfeln, in Olivenöl ein paar Minuten

anbraten. Zwiebeln, Knoblauch, Lorbeer dazu, salzen, pfeffern. Wenn die Zwiebeln weich sind, die Kartoffeln mitbraten. Nicht anbrennen lassen! Aufgießen und köcheln, bis die Kartoffeln weich sind. Ein paar Würfel herausnehmen, beiseite stellen. Die Hälfte des Kohls in den Topf geben, weich kochen, alles (ohne Lorbeer!) pürieren. Übrige Kartoffeln und Kohl dazugeben, bissfest garen, abschmecken. Wer mag, nimm noch Salz, Weißweinessig und Olivenöl.

BLAUMANN, WEISSER KITTEL, SCHWARZER ANZUG, BLAUER BRIEF



Als Lehrlinge haben sie sich ausgemacht: In 25 Jahren, da treffen wir uns wieder, genau vor dem Firmmentor. Einer davon, heute um die 40, fährt tatsächlich hin, in den steirischen Industriort. Beim Warten kommen die Erinnerungen. An die Lehrzeit bei einem rücksichtslosen Elektriker, an den brutalen Kollegen, an manchmal nur langweilige, dann auch körperlich anstrengende Baustellenarbeit und an den darauf folgenden Krankenhausaufenthalt. „Von dem Moment an schwor

ich mir, keine körperlich anstrengende Arbeit mehr zu machen.“ Er wechselt in das Metallwerk, wo schon sein Vater gearbeitet hatte, und schafft den Aufstieg: „Am Anfang habe ich einen Blaumann angehabt, nachher einen weißen Kittel. Wie ich den Blaumann angehabt habe, haben die mit dem weißen Kittel nur das Nötigste mit mir geredet, und wie ich den weißen Kittel angehabt habe, haben die mit dem Blaumann nur das Nötigste mit mir geredet.“ Auf den

»DIE ANGST UM DIE ARBEIT UND DIE ANGST VOR DER ARBEIT HABEN SICH ANDAUERND ABGEWECHSELT!«

weißen Kittel folgt der schwarze Anzug, und darauf der „blaue Brief“ – weil „unsere Niederlassung aufgrund einer Harmonisierung der Niederlassungspolitik geschlossen und ins Stammwerk rückeingegliedert wird“. Harald Darers trostloser Blick auf das Arbeitsleben ist nun in der engeren Auswahl für den Österreichischen Buchpreis.

Harald Darrer: Blaumann.

Picus Verlag, 190 Seiten, 20 Euro.

Bestellen: www.diefachbuchhandlung.at

Verlost werden ...



... drei Exemplare des Ratgebers:
„Von der Schwangerschaft bis zum Schuleintritt“

--	--	--	--	--	--

1 2 3 4 5 6

LÖSUNG BITTE EINSENDEN AN:

Redaktion Solidarität, Johann-Böhm-Platz 1,
1020 Wien oder gewinnspiel@oegb.at

Einsendeschluss: 6. November 2019

Auflösung des Rätsels Solidarität - Nr. 984

■ ■ ■ L ■ ■ ■ ■ ■ B ■ G
 B E W E G E N ■ U H R
 ■ N A H ■ H O S E ■ E
 ■ Z E R B R E C H E N
 L O R E ■ B ■ H E R Z
 ■ ■ T ■ B A Z I L L E
 ■ G E I E R ■ E ■ A ■
 A E R ■ V ■ A N D A U
 ■ Y ■ K O E D E R ■ R
 ■ S T A R R E ■ O H M
 ■ I A H ■ D R A G E E
 ■ R U N G E N ■ E R L

eh. dt. Abgas-test (Abk.)	im Pendel-verkehr einges. Fahrzeug	▼	Engpass des Salzach-tals	Fluss in Vor-arlberg	▼	Abk.: Kata-lysatoren	Klang, Ton	Gegen-teil von Kälte	▼	mit dem Hund ... gehen
▶	▼		engl.: Eisen-bahn	▶			▼			
Süß-wasser-raub-fisch	▶				6	Tier-kadaver nicht früh	▶			Teil des Berg-steiger-zubehörs
▶			Gurken-kraut			Ge-schmacks-richtung e. Speise	▶	4		
Triebwa-gen mit Anhänger		Maß f. d. Brech-kraft e. Linse	▶							
▶			5		sich an-schnallen		Steige-rung von gut		einen Fahr-schein entwerten	
Teil von Kream an der Donau		gleich-gültig (das ist mir ...)	▼	andau-ernde Hunde-laute	▶		3			
▶								Gebirgs-bach		Wesent-liches einer Sache
Schiffs-personal	Berg in den Do-lomiten (Piz ...)		be-stimmter Artikel	Männer-kurz-name		Hosen-tasche	▶			
Strand-zubehör, -behälter	▶	1	▶	▶						
▶						vorher, früher	▶			2
gediegen		Mehl-schwitze	▶							

s1112-75



Aus dem Archiv: Solidarität, Oktober 1962

Gemeinsam sind wir stärker. Das gilt nicht nur heute, schon vor vielen Jahren hat die „Solidarität“ in einer Zeichnung darauf hingewiesen.

Sportliche Steppjacken in tollen Farben!

- Ultraleicht, bequem, bei kalten Temperaturen angenehm warm
- Mit praktischer Kapuze
- Pflegeleicht und funktionell
- Obermaterial: 100% Polyamid
- Futter und Wattierung: 100% Polyester

Herrenjacke Nordcap

schwarz	Art.-Nr. 62.241.494
blau	Art.-Nr. 62.241.508
grün	Art.-Nr. 62.241.511
rot	Art.-Nr. 62.241.524

Größen				
M	L	XL	XXL	3 XL



schwarz



blau

UVP*-Preis 99,-
Personalshop-Preis 29,99

JUBILÄUMS-PREIS

€ 22,49

Sie sparen € 76,51 gegenüber dem UVP*



NORDCAP
www.nordcap-sport.com

Damenjacke Nordcap

schwarz	Art.-Nr. 62.241.537
blau	Art.-Nr. 62.241.540
grün	Art.-Nr. 62.241.553
rot	Art.-Nr. 62.241.566

Größen							
36	38	40	42	44	46	48	50


BESTELLSCHEIN A30120 mit 30 Tage Rückgaberecht
Bestellen leicht gemacht!
bestellung@personalshop.com

0 512 / 34 33 44
FAX 0 512 / 34 33 44-400

Menge	Art.-Nr.	Größe	Artikelbezeichnung	JUBILÄUMS- PREIS
			Nordcap Herren Steppjacke	€ 22,49
			Nordcap Damen Steppjacke	€ 22,49

 Absender (Bitte deutlich ausfüllen): Frau Herr

Bearbeitungs- und Versandkostenanteil € 5,90

Name, Vorname: _____

Straße / Nr.: _____

PLZ / Ort: _____

Geb. Datum: _____

E-Mail: _____

Wir verwenden Ihre E-Mail-Adresse, um Sie über Aktionsangebote zu informieren. Dem können Sie jederzeit widersprechen.

**25% Rabatt auf ALLES erhalten Sie auf
www.personalshop.com**


25%
Jubiläums-Rabatt
auf ALLE Artikel!

SO SPAREN SIE 25%:

1. Loggen Sie sich mit Ihrem Code **A30120** im Shop ein.
2. Wählen Sie Ihre Wunschartikel
3. Geben Sie Ihren Code unten im Warenkorb ein für 25% Rabatt!

Widerrufsrecht: Sie haben das Recht, 14 Tage lang ohne Angabe von Gründen diesen Vertrag gegenüber der Servus Handels- und Verlags-GmbH schriftlich, telefonisch, per Fax oder per E-Mail an A-6404 Polling in Tirol, Gewerbezone 16, Tel: 0 512 / 34 33 44, Fax: 0 512 / 34 33 44-400, office@personalshop.com, zu widerrufen. Die Widerrufsfrist beginnt ab dem Tag, an dem Sie die Waren in Besitz genommen haben. Senden Sie uns die Ware spätestens 14 Tage nach Ihrem Widerruf zurück. Wir gewähren Ihnen neben dem gesetzlichen Widerrufsrecht eine freiwillige Rückgabegarantie von insgesamt 30 Tagen ab Erhalt der Ware, sofern die Ware sich in ungebrauchtem und unbeschädigtem Zustand befindet. Impressum: Servus Handels- und Verlags-GmbH, Gewerbezone 16, A-6404 Polling in Tirol.

**Gleich einsenden an:
Servus Handels- und
Verlagsgesellschaft m.b.H.
Postfach 2, A-6050 Hall in Tirol**
5-Sterne-Personalshop-Garantie

- ★ 2 Jahre Garantie ohne „Wenn und Aber“
- ★ Schnelle Lieferung
- ★ Höchster Qualitätsstandard
- ★ Bestpreis-Garantie
- ★ 30-tägiges Umtausch- und Rückgaberecht**

* Stappreise beziehen sich auf unverbindliche Preisempfehlung des Herstellers (UVP). Solange der Vorrat reicht.
** Detaillierte Angaben zum Rücktrittsrecht und Informationen zum Datenschutz finden Sie auf: www.personalshop.com

 Ein Ersuchen des Verlages an den/die BriefträgerIn:
Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können, teilen Sie
uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls die neue oder
richtige Anschrift mit

Straße/Gasse

Haus-Nr./Stiege/Stock/Tür

Postleitzahl

Ort

Besten Dank